

Vorlage-Nr. 3800: Änderung des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz; WAG): Umfassende Teilrevision

Antrag auf die 2. Lesung von Michael Riboni und Tom Magnusson

Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRG

§ 53a (neu)

Wählbarkeitsvoraussetzungen

1 Für die Wahl bzw. Anstellung von haupt- und nebenamtlichen Mitgliedern

sind folgende fachliche Voraussetzungen erforderlich:

a) abgeschlossenes juristisches Universitätsstudium (Lizenziat oder Master);

b) danach mindestens fünf Jahre Berufserfahrung in der Rechtsprechung, Advokatur, Verwaltung oder im Rechtsdienst einer Unternehmung.

Begründung:

In der ersten Lesung der Fremdänderung aus dem WAG wurde ein Eventualantrag des Verwaltungsgerichts angenommen. In diesem hatte die Verwaltungsgerichtspräsidentin explizit dafür plädiert, eine dem Obergericht gleichartige Lösung einzuführen für die Wählbarkeit von Richterinnen und Richtern. Dabei ging der letzte Teil in lit. b aus unerfindlichen Gründen vergessen, es wurde im Rat auch kein Satz dazu verloren. Dies war auch in der vorberatenden Kommission kein Thema gewesen.

Durch den Nachweis von wenigstens fünf Jahren Berufserfahrung soll sichergestellt werden, dass bereits praxiserprobte Juristinnen und Juristen ans Verwaltungsgericht gewählt werden. Für diesen Praxisnachweis soll analog zu § 67 Gerichtsorganisationsgesetz (GOG) auch in der Verwaltungsgerichtsbarkeit die Berufserfahrung in der Privatwirtschaft genügen. Juristinnen und Juristen mit Erfahrungen aus Unternehmensrechtsdiensten soll die Wahl ans Verwaltungsgericht nicht per se verwehrt werden.

Es kann nicht sein, dass beispielsweise ein Sozialversicherungsrechtler mit 10 Jahren Berufserfahrung im Rechtsdienst der SUVA oder eine Steuerrechtsspezialistin, welche seit mehr als fünf Jahren bei einer grossen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft arbeitet, von der Wahl ans Verwaltungsgericht ausgeschlossen sind.